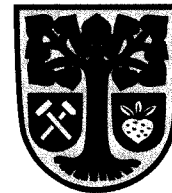


Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin

Die Bürgermeisterin



Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin ♦ PF 7 ♦ 15558 Rüdersdorf bei Berlin

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Postfach 60 10 61
14410 Potsdam

EINGANG							
Landesamt für Umwelt							
06. JAN. 2025							
Az:							
P	S	T1	T2	W1	W2	N	GR

Hausanschrift: Hans-Striegelski-Straße 5
15562 Rüdersdorf bei Berlin

Fachbereich: Abteilung 1
Sachgebiet: Umweltschutz und Grünanlagen
Bearbeiter: Dorothee Schulz
Telefon: 033638 858 210
Telefax: 033638 2602
E-Mail: Dorothee.schulz@ruedersdorf.de
Internet: www.ruedersdorf.de
Aktenz.:

Die E-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Nachrichten!

Rüdersdorf bei Berlin, 18.12.2024

Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG

Antrag der Fa. CEMEX Zement GmbH vom 12.11.2024 auf wesentliche Änderung gem. § 16 Abs. 1 BImSchG einer Anlage zur Herstellung von Zementklinkern oder Zementen am Standort 15562 Rüdersdorf, Frankfurter Chaussee, Gemarkung Herzfelde, Flur 1, Flurstück 1269 (Reg.Nr. G11424)



17967/24/8

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Grabbert,

wir bedanken uns für die Beteiligung der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin am Genehmigungsverfahren hinsichtlich des Antrages der CEMEX Zement GmbH auf wesentliche Änderung gem. § 16 Abs. 1 BImSchG einer Anlage zur Herstellung von Zementklinkern oder Zementen am Standort 15562 Rüdersdorf bei Berlin.

Einer Genehmigung steht seitens der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin nichts entgegen.

Wir erteilen hiermit unser Einvernehmen zum Änderungsantrag Reg.-Nr. G11424.

Wir weisen darauf hin, dass die Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin die Zuständigkeit für die Benutzbarkeit der Wasserversorgungsanlagen (Punkt 10) und die Benutzbarkeit der Abwasserbeseitigungsanlagen (Punkt 11) an den Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) abgegeben hat. Für Informationen diesbezüglich ist der WSE zu konsultieren.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Löser
Bürgermeisterin

Bankverbindung
Bank: Sparkasse Märkisch-Oderland
IBAN: DE 80 1705 4040 2308 3701 50
BIC: WELADED1MOL
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE88ZZZ00000014681

Öffnungszeiten (Bürgerbüro)
Montag, Mittwoch, Donnerstag 9:00 - 12:00 13:00 - 17:00 Uhr
Dienstag 9:00 - 12:00 13:00 - 19:00 Uhr
Freitag 9:00 - 12:00 13:00 - 15:00 Uhr

Anlage:
Formblatt „Stellungnahme der Gemeinde“ Anlage 6

Stellungnahme der Gemeinde

nach § 69 Abs. 3 BbgBO

Aktenzeichen

Reg.-Nr. G11424

1. Bauherrin / Bauherr / Bauherrengemeinschaft

Name / Firma Cemex Zement GmbH			Vorname / Ansprechpartner/in Schmorleiz, Stefan	
Straße Frankfurter Chaussee	Hausnummer	Land D	PLZ 15562	Ort Rüdersdorf bei Berlin
Telefon 03 36 38 - 54 13 00	Fax	E-Mail stefan.schmorleiz@cemex.com		

1.1 Baugrundstück

Gemarkung Herzfelde			Flur 1	Flurstück(e) 1269
Straße Frankfurter Chaussee	Hausnummer	PLZ 15562	Ort Rüdersdorf bei Berlin	Ortsteil Herzfelde

2. Bebauungsplan (§ 30 BauGB)

Das Vorhaben liegt <input type="checkbox"/> im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 Abs. 1 BauGB) <input type="checkbox"/> im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 2 i. V. m. § 12 BauGB)	
Nr. / Bezeichnung des Bebauungsplans	Gebietsart nach der BauNVO
Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplans <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

3. Innenbereich (§ 34 BauGB)

Das Vorhaben liegt <input type="checkbox"/> innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB) <input type="checkbox"/> im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3, § 34 Abs. 1 BauGB)	
Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplans <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem der Baugebiete der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gebietscharakter Nach § <input type="text"/> BauNVO: <input type="text"/>	
Das Bauvorhaben hält den Rahmen der vorhandenen Bebauung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Das Bauvorhaben hält die gebotene Rücksichtnahme auf die Umgebung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Der Gewerbe- oder Handwerksbetrieb kann trotz Abweichung von der Eigenart der näheren Umgebung zugelassen werden (§ 34 Abs. 3a Satz 1 BauGB) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Es liegt eine Satzung vor nach <input type="checkbox"/> § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB <input type="checkbox"/> § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB <input type="checkbox"/> § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB	

4. Außenbereich (§ 35 BauGB)

Das Vorhaben liegt	Gebietsart	
<input checked="" type="checkbox"/> im Außenbereich (§ 35 BauGB)	Gewerbliche Baufläche	
<input checked="" type="checkbox"/> im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplans		
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. <input type="text"/> BauGB		
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 2 BauGB		
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. <input type="text"/> Buchstabe <input type="text"/> BauGB		

5. Planreife (§ 33 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, dessen Aufstellung beschlossen ist (§ 33 BauGB)		
Nr. / Bezeichnung des Bebauungsplans	Gebietsart nach der BauNVO	
Die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 2 BauGB und § 4a Abs. 2 bis 5 BauGB wurde durchgeführt (§ 33 Abs. 1 BauGB)		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Das Vorhaben kann im Fall des § 4a Abs. 3 Satz 1 vor einer erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zugelassen werden (§ 33 Abs. 2 BauGB). Die Änderung bzw. Ergänzung wirkt sich nicht auf das Vorhaben aus		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Das Vorhaben kann bei Verfahren nach § 13 BauGB vor Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zugelassen werden (§ 33 Abs. 3 BauGB). Die betroffene Öffentlichkeit und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hatten Gelegenheit zur Stellungnahme		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Das Vorhaben entspricht den künftigen Festsetzungen		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt (Erklärung nach § 33 BauGB liegt bei)		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

6. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)

Das Einvernehmen (§ 36 BauGB) wird für das genehmigungspflichtige Vorhaben erteilt zu Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB	<input type="checkbox"/> entfällt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB	<input type="checkbox"/> entfällt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

7. Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen (§§ 14, 15 BauGB)

Das Vorhaben liegt	
<input type="checkbox"/> im Geltungsbereich folgender Veränderungssperre nach § 14 BauGB	
Nr. / Bezeichnung der Veränderungssperre:	
Zu Ausnahmen von der Veränderungssperre wird das Einvernehmen erteilt	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Die Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 BauGB wird beantragt, Begründung siehe unter Nr. 15	

8. Örtliche Bauvorschriften (§ 87 BbgBO)

<input checked="" type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgender örtlicher Bauvorschriften nach § 87 BbgBO		
Nr. / Bezeichnung der örtlichen Bauvorschrift: Satzung über die Herstellung notwendiger Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin	In-Kraft-Treten am: 23.07.2024	Fundstelle: https://www.ruedersdorf.de/politik-verwaltung/ortsrecht/satzungen
Das Einvernehmen (§ 36 BauGB) zu Abweichungen für das genehmigungspflichtige Vorhaben wird erteilt (§ 67 Abs. 3 BbgBO)		
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

9. Benutzbarkeit und Zufahrtswege (§ 4 Abs. 1 BbgBO)

Die Zufahrt ist gesichert durch

- ☐ die Lage des Grundstücks in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche
- ☒ eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt

☐ Die Zufahrt ist nicht gesichert☐ Die Zufahrt ist nicht erforderlich

Die Zufahrtswege sind benutzbar ab:

10. Benutzbarkeit der Wasserversorgungsanlagen

Die Wasserversorgung ist gesichert durch

☐ Die Wasserversorgung ist nicht erforderlich

- ☐ Zentrale Wasserversorgung ☐ eigenen Brunnen

ab:

Zur Brandbekämpfung steht eine ausreichende Menge Wasser zur Verfügung

☐ ja ☐ nein☐ Die Bestätigung der für die Wasserversorgung zuständigen Körperschaft liegt bei**11. Benutzbarkeit der Abwasserbeseitigungsanlagen**

Die Abwasserbeseitigung ist gesichert durch

☐ Die Abwasserbeseitigung ist nicht erforderlich

- ☐ Kanalisation ☐ Kleinkläranlage ☐ Sammelgrube ☐ Sickeranlage

ab:

☐ Die regelmäßige Entleerung der Sammelgrube und die einwandfreie und schadlose Abwasserbehandlung in einer Abwasserbehandlungsanlage sind gewährleistet.☐ Die Bestätigung der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaft liegt bei

Die Niederschlagswasserbeseitigung ist gesichert durch

☐ Einleitung in die öffentliche Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanalisation☐ Einleitung in ein Gewässer auf Grund § 43 Abs. 1 BbgWG☐ Versickerung auf dem Grundstück auf Grund § 54 Abs. 4 BbgWG**12. Schutzgebiete**

Das Grundstück liegt

- ☐ im Naturschutz- / Landschaftsschutzgebiet
- ☐ im Wasserschutzgebiet
- ☐ im Überschwemmungsgebiet
- ☐ im Bauschutzbereich
- ☐ in einem sonstigen Schutzgebiet

13. Denkmalschutz☐ Das Vorhaben betrifft ein Denkmal oder liegt in der Umgebung eines Denkmals☐ Das Denkmal ist im Verzeichnis der Denkmale eingetragen (§ 3 BbgDSchG)

Nr. / Bezeichnung

☐ Das Denkmal ist vorläufig unter Schutz gestellt

Anordnung Nr.

vom

14. Sonstige Angaben

Das Vorhaben liegt in einem Umlegungsgebiet nach § 52 BauGB	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein			
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 142 BauGB	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein			
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 172 BauGB	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein			
Das Vorhaben liegt im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein			
Bezeichnung:					
Das Grundstück liegt in der Nähe (bitte Entfernung in Meter angeben!)					
<input checked="" type="checkbox"/> einer Bundesautobahn	4300	Meter	<input type="checkbox"/> eines Flughafens / einer Flugsicherungsanlage		Meter
<input checked="" type="checkbox"/> einer Bundesstraße	350	Meter	<input type="checkbox"/> eines militärischen Schutzbereichs		Meter
<input checked="" type="checkbox"/> einer Landesstraße	600	Meter	<input checked="" type="checkbox"/> eines öffentlichen Gewässers	1300	Meter
<input type="checkbox"/> einer Kreisstraße		Meter	<input checked="" type="checkbox"/> einer kV-Stromleitung	500	Meter
<input checked="" type="checkbox"/> einer kommunalen Straße	600	Meter	<input checked="" type="checkbox"/> eines Waldes	300	Meter
<input checked="" type="checkbox"/> einer Eisenbahnanlage	200	Meter	<input checked="" type="checkbox"/> Sonstiges: Tagebau	900	Meter

15. Erläuterungen zur fachbehördlichen Stellungnahme der Gemeinde (§ 69 Abs. 3 BbgBO)(☐ auf besonderem Blatt)

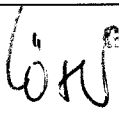
16. Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde (§ 36 BauGB)

Der Bauantrag ist eingegangen am	12.12.2024
Die Frist des § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB endet am	10.01.2025
Das Bauvorhaben wurde behandelt	
<input checked="" type="checkbox"/> als Angelegenheit der laufenden Verwaltung	<input type="checkbox"/> mit Beschluss vom
Das Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

17. Bauplanungsrechtliche Begründung für die Versagung des Einvernehmens (☐ auf besonderem Blatt)

--

18. Unterschrift

Ort	Datum
Rüdersdorf bei Berlin	18.12.2024
Unterschrift	
 Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin Die Bürgermeisterin Hans-Stregalski-Straße 6 13062 Rüdersdorf bei Berlin	

19. Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde zur sanierungs- oder entwicklungsrechtlichen Genehmigung (§ 145 Abs. 1 BauGB bzw. § 169 Abs. 1 BauGB)

Der Bauantrag ist eingegangen am	<div style="border: 1px solid black; height: 25px;"></div>
Das Bauvorhaben wurde behandelt	
<input type="checkbox"/> als Angelegenheit der laufenden Verwaltung	<input type="checkbox"/> mit Beschluss vom
	<div style="border: 1px solid black; height: 25px;"></div>
Das Einvernehmen zur sanierungsrechtlichen Genehmigung wird erteilt (§ 145 Abs. 1 Satz 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Einvernehmen zur entwicklungsrechtlichen Genehmigung wird erteilt (§ 169 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 145 Abs. 1 Satz 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

20. Städtebauliche Begründung für die Versagung des Einvernehmens

(☐ auf besonderem Blatt)

21. Unterschrift

Ort	Datum
Unterschrift	